

**(10.06.02, djv, Bonn)Waffengesetz, Wildschweinjagd und Wildttiererfassung
waren die Themen
– Jahrestagung des Deutschen Jagdschutz-Verbandes in Wernigerode –**

Rund 600 Jägerinnen und Jäger aus dem gesamten Bundesgebiet, nämlich die Vorsitzenden der Jagdverbände auf Kreisebene, kamen zur Jahrestagung 2002 des Deutschen Jagdschutz-Verbandes (DJV), die vom 6. bis 8. Juni in Wernigerode stattfand.

Im Mittelpunkt dieser Großveranstaltung standen die Themen "Wildtiererfassung: Daten von heute für die Jagd von morgen" sowie "Schwarzwild nicht mehr zu bremsen?", die in den Diskussionsforen am Freitag, 7. Juni, beleuchtet wurden. Namhafte Wissenschaftler führten mit ihren Statements in die Themen ein und standen für Diskussionen mit den Tagungsteilnehmern zur Verfügung.

Politischer Höhepunkt der DJV-Jahrestagung 2002 war eine Kundgebung am Samstag, 8. Juni, auf dem Wernigeroder Rathausplatz, bei der auch Bundesinnenminister Otto Schily zu den Jägern und Gästen sprach. Er betonte, dass von den Jägern keine Gefahr für die innere Sicherheit ausgehe und überbrachte für die Teilnehmer eine positive Nachricht: Im Vermittlungsausschuss habe man sich auf einen Entwurf geeinigt, der sowohl vernünftig als auch ausgewogen sei und überdies dem Waidwerk gerecht werde. Er dankte dem DJV-Präsidenten Constantin Freiherr Heereman für die konstruktive Zusammenarbeit, die dies ermöglicht habe.

Die Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Petra Wernicke, begrüßte die Kundgebungsteilnehmer und Ehrengäste im Namen der Landesregierung und unterstrich die Bedeutung der "Initiative Pro Land". Wernicke hob hervor, dass Jäger aus eigenem Interesse Natur bewahren und Lebensräume verbessern wollen. Die Waidmänner wüssten auch aus eigenem Erleben, dass nur eine nachhaltige Nutzung eine dauerhafte Nutzung garantiere. "In einem Land, in dem es sich gut jagen lässt, lässt es sich auch gut leben", so die Ministerin.

In Vertretung von Bundesverbraucherministerin Künast sprach Staatssekretär Dr. Martin Wille bei der Kundgebung. Das bundesweite Wildtierkataster "WILD", das der DJV im vergangenen Jahr gestartet habe, wertete Wille sehr positiv, da so auch das Image der Jäger in der Öffentlichkeit weiter verbessert werden könne. Jäger müssten als sachkundige Anwälte der Natur wahrgenommen werden. Er appellierte jedoch an die Jägerschaft, überhöhte Schwarzwildbestände zu reduzieren, um Schäden in der Landwirtschaft zu vermeiden.

Der Präsident des Deutschen Jagdschutz-Verbandes, Constantin Freiherr Heereman betonte, dass die Nutzerverbände in der "Initiative Pro Land" rund fünf Millionen Wähler und Wählerinnen vertreten, die sich sehr genau ansehen würden, wem sie im September ihre Stimme geben. Er kritisierte die Politik von Künast und Trittin. Die Politiker würden ausschließlich auf Tier- und Naturschutzverbände hören, die lediglich das Ziel verfolgten, die Jagd aus dem flächendeckenden Naturschutz zu verdrängen. "Wir werden prüfen und abwägen, welche Umgangsformen wir mit der nächsten Bundesregierung pflegen können. Oder ob wir in der politischen Auseinandersetzung neue Elemente zum Einsatz bringen, um uns Gehör zu verschaffen. An unserer Entschlossenheit zum gemeinsamen energischen Handeln lassen wir hier und heute jedenfalls keinen Zweifel", sagte Heereman.

Die positiven Leistungen der deutschen Landwirte für die Natur und für gesunde Nahrungsmittel stellte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner heraus. "Aber wir wollen und wir müssen Ertäge aus unserem Wirtschaften ziehen können und dafür stellen das neue Bundesnaturschutzgesetz und die neue Bundesjagdzeitenverordnung die falschen Signale", so der DBV-Präsident. Er kritisierte, dass Tiere genau dann, wenn sie die größten Schäden auf den Feldern anrichten, nicht mehr bejagt werden dürfen. Sein Appell an die Politiker: "Erkennt an, dass Nutzung Schutz bedeutet! Erkennt an, Naturschutz kann nicht ohne die gemacht werden, die ihn umsetzen!"

Weitere Redner waren Spitzenvertreter mehrerer Nutzerverbände, die sich zur "Initiative Pro Land", mit rund fünf Millionen vertretenen Mitgliedern zusammengeschlossen hatten. Dazu zählte Bernhard Haase, Bundesarbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer sowie Norbert Leben, Vizepräsident der Arbeitsgemeinschaft der Wald- und Grundbesitzerverbände.

Ziel dieses gemeinsamen Auftritts der Verbände war es, der Öffentlichkeit und vor allem den Politikern vor der Bundestagswahl deutlich zu machen, dass sich Jäger, Bauern, Fischer und Grundbesitzer zu einer nachhaltigen Nutzung der Ressourcen im Sinne der Agenda 21 bekennen. Deshalb wollen die Nutzerverbände die Politiker auch in die Pflicht nehmen, Tier-, Natur- und Umweltschutz nur mit den Grundeigentümern gemeinsam und nicht gegen sie zu gestalten.